



PROTOKOLL

Bürgerversammlung Hombressen

**Donnerstag, 10. September 2025, 20:00 Uhr,
DGH Hombressen**

Beginn: 20:00 Uhr/ Ende: 22:30Uhr

Teilnehmer:

Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing
Bürgermeister Torben Busse
Ortsvorsteher: Julian Oberenzer

Magistrat

Herr Friedrich
Herr Rehbein
Frau Stahl

Stadtverordnete

Herr Steinkamp
Frau Hennings
Herr Knauf
Frau Hanf
Frau Pfannkuche
Frau Voß

Verwaltung

Frau Pfeiffer
Herr Recht
Herr Becker
Herr Lindemann

Bauhof

Herr Hampe

ca. 50 Bürgerinnen/Bürger

Schriftführerin:

Diana Krutewitsch

Stadtverordnetenvorsteherin Monika Grebing eröffnet die Bürgerversammlung in Hombressen und heißt alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Gremien und der Verwaltung herzlich willkommen. Im Anschluss übergibt sie das Wort an Bürgermeister Torben Busse.

Bürgermeister Busse stellt den Haushaltsplan der Stadt Hofgeismar für das laufende Jahr vor. Dieser sieht Gesamtausgaben in Höhe von 46 Millionen Euro vor. Die größten Ausgabenposten bilden dabei die Kreisumlagen mit 18 Millionen Euro sowie Investitionen in Höhe von 11 Millionen Euro.

Der Bürgermeister berichtet über die geplanten Maßnahmen bis zum Jahr 2026. Ein besonderer Fokus liegt auf der Erneuerung der Spielplätze. Die Wünsche der Kinder werden dabei aktiv berücksichtigt. Herr Köbeler aus dem Bauamt ist bereits damit beauftragt, erste Schritte zur Umsetzung einzuleiten. Konkret steht unter anderem die Erneuerung der Spielgeräte am Spielplatz „Reinbeckeweg“ an.

Zusätzlich ist im Dorfgemeinschaftshaus die Errichtung einer Trennwand geplant, um die Nutzungsmöglichkeiten zu verbessern. Für diese Maßnahme bestehen Fördermöglichkeiten. Diese Fördermittel sind jedoch an bestimmte Voraussetzungen geknüpft. Werden diese erfüllt, gibt es Zuschüsse – was die Finanzierung erheblich erleichtert. Der Bürgermeister betont, dass sich eine genaue Prüfung und Vorbereitung der Anträge in jedem Fall lohnen.

Auch weitere Projekte sind in Planung: So ist eine Teilsanierung des Daches am Feuerwehrgerätehaus vorgesehen.

Die Straßenbeleuchtung soll schrittweise auf energieeffiziente LED-Technik umgerüstet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen. Diese Maßnahme ist kostenintensiv, aber aus Sicht des Bürgermeisters besonders wichtig, um die Barrierefreiheit im Ort zu verbessern.

In diesem Zusammenhang stellt Frau Bonnet die Frage, ob im Zuge des Umbaus auch die Fahrpläne an den Bushaltestellen aktualisiert werden – voraussichtlich zum 01.12. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass dies in Absprache mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) erfolgen muss. Abschließend geht der Bürgermeister auf den Bereich „Am Platz“ ein. Eine Umgestaltung ist in Planung, wird aber vom Ausgang der Klage gegen die Versagung des Abbruchs des alten Edeka-Ladens abhängen.

Ein weiteres Thema, das dem Bürgermeister besonders wichtig ist, betrifft die Situation rund um die Friedenseiche und die damit verbundenen Maßnahmen der Firma UKA. Die geplante Maßnahme kann nicht einfach so gestoppt werden – gleichzeitig bestehen jedoch erhebliche rechtliche und naturschutzfachliche Bedenken.

Die Stadt hat daher juristische Schritte eingeleitet und eine Klage eingereicht. Ziel ist es, die Rechtmäßigkeit der Maßnahme prüfen zu lassen und gegebenenfalls Einfluss auf das Verfahren zu nehmen. Der Bürgermeister stellt klar, dass die Stadt aktuell keine Möglichkeit hat, die Maßnahme eigenständig zu verhindern, solange kein gerichtliches Urteil vorliegt, das der Stadt Recht gibt. Es liegt nun beim zuständigen Gericht, über die weitere rechtliche Bewertung zu entscheiden.

Herr Wienand erkundigt sich, ob es sich bei der laufenden Auseinandersetzung rund um die Friedenseiche um ein rein lokales Thema in Hofgeismar handelt oder ob auch andere Orte betroffen sind.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich der konkrete Fall derzeit ausschließlich auf das Stadtgebiet Hofgeismar bezieht. Nur dort hat die Stadt ein eigenes Klagerecht, da Teile des betroffenen Gebiets im Geltungsbereich des städtischen Bebauungsplans liegen.

Der angrenzende Wald, auf dem ebenfalls Anlagen geplant sind, gehört jedoch dem Land Hessen. In diesem Bereich besitzt die Stadt keine direkte rechtliche Zuständigkeit. Die eingereichte Klage der Stadt richtet sich daher nur bis zur Grenze des Waldes. Sollte das Gericht der Klage stattgeben, dürften die Anlagen außerhalb des Waldes nicht realisiert werden. Die Windkraftanlagen im Waldbereich könnten aber weiterhin gebaut werden – vorausgesetzt, es bestehen dort keine anderen rechtlichen Hürden.

Herr Oberenzer fragt, wie es mit der Benutzung der Wege durch UKA aussieht und ob die Firma verpflichtet ist, die Wege nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder instand zu setzen. Der Bürgermeister antwortet, dass dem so ist.

Herr Friedrich ergänzt, dass einige der betroffenen Wege baulich nicht für 40-Tonnen-Fahrzeuge ausgelegt sind. Der Bürgermeister ergänzt, dass UKA dennoch verpflichtet ist, die Wege nach der Nutzung wieder instand zu setzen.

Der Bürgermeister führt in das Thema Hochwasserschutz ein und erklärt, dass die Planungen hierzu aktuell voranschreiten. Allerdings stehen noch wichtige Abstimmungen und Prüfungen aus, bevor konkrete Maßnahmen umgesetzt werden können.

Einige Punkte zum Hochwasserschutz sind bereits ausgearbeitet. Die Wasserbehörde hat jedoch festgestellt, dass eine Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde erforderlich ist. Dieser Prüfprozess wird voraussichtlich mindestens fünf Monate dauern. Erst nach der Freigabe durch die oberen Behörden kann mit der Umsetzung begonnen werden.

Der Bürgermeister berichtet über Überlegungen zur weiteren Attraktivierung des Hochzeitswaldes. Der Hochzeitswald hat in der Vergangenheit überregionale Aufmerksamkeit erzeugt und zieht auch heute noch Besucher von außerhalb an. Es gäbe Überlegungen, die Präsenz des Hochzeitswaldes und die Idee eines Trekkingplatzes zu fördern, insbesondere durch eine bessere Anbindung an die Radwege im Naturpark. Die Planungen seien jedoch ins Stocken geraten, insbesondere aus jagdrechtlichen Gründen. In dem betroffenen Gebiet sei eine Nutzung als öffentlicher Aufenthaltsort nicht unproblematisch – unter anderem aufgrund der Sicherheitslage während der Jagdzeiten. Das Land Hessen habe sich hierzu bislang noch nicht verbindlich geäußert.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Idee der Trekkingplätze grundsätzlich weiterhin besteht. Zwei weitere Plätze befinden sich in Planung, jedoch wird das Projekt im Bereich Hochzeitswald vorerst zurückgestellt.

Herr Friedrich merkt an, dass die Kommunikation zwischen den beteiligten Stellen schwierig sei. Eine bessere Abstimmung wäre wünschenswert, um die Planung voranzubringen.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Radwegebeschilderung im Stadtgebiet inzwischen abgeschlossen ist. Die kurzfristige Ankündigung der Maßnahme machte eine vorherige Prüfung schwierig. Insgesamt wurden weit über 100 Schilder angebracht.

Herr Tölle fragt nach den Kosten dieser Maßnahme für den Landkreis. Der Bürgermeister antwortete, dass diese bei rund 93.000 Euro lagen, wovon die Stadt 3.000 Euro übernommen habe.

Ein Teilnehmer fragt, warum der städtische Radweg R13 über die Hauptstraße zwischen Carlsdorf und Hombressen geführt wurde und damit vom bestehenden Radweg an der Lichten Heide getrennt ist. Der Bürgermeister erläutert, dass die damalige Entscheidungsfindung aus den 1980er Jahren heute nicht mehr eindeutig nachvollziehbar sei.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die städtischen Radwege inzwischen in die Jahre gekommen sind. Aus diesem Grund sei für die kommenden Monate eine Bestandsaufnahme der bestehenden Radwegführung geplant, um mögliche Verbesserungen zu identifizieren.

Herr Spuling merkt an, dass entlang der Hauptstraße kein separater Radweg existiert. Der Bürgermeister erklärt, dass die Einrichtung eines Radwegs zwar grundsätzlich möglich sei, der Bau aber aufgrund der hohen Kosten derzeit nicht umsetzbar ist.

Herr Koch weist auf einen Gefahrenpunkt bei Carlsdorf in Richtung Hombressen hin. Im Bereich des Mühlenwegs (Udenhausen) kreuzen Fahrradfahrer die Straße, eine Beschilderung fehlt. Das Ordnungsamt hat den Hinweis aufgenommen und will die Situation prüfen.

Aus dem Plenum wird der Wunsch nach einer Digitalisierung der Radwegführung geäußert, z. B. durch bessere Online-Karten oder interaktive Routenführung. Dieser Vorschlag wird zur weiteren Prüfung aufgenommen.

Frau Hampe weist darauf hin, dass sich ein Kanaldeckel auf dem Radweg befindet, der insbesondere bei Regen rutschig und somit potenziell gefährlich ist. Der betreffende Abschnitt liegt im Zuständigkeitsbereich von HessenForst, sodass der Stadt derzeit keine direkten Eingriffsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Stadtverwaltung wird jedoch prüfen, inwiefern eine Verbesserung möglich ist.

Abschließend wird angemerkt, dass durch die Maßnahme sehr viele Schilder im gesamten Gebiet aufgestellt wurden – teils unnötig oder ungünstig platziert. Die Frage, ob man überflüssige Schilder wieder abbauen könne, wird aufgenommen und an die zuständige Stelle weitergegeben.

Der Bürgermeister informiert über den aktuellen Stand der Lärmschutzklage in Bezug auf das Dorfgemeinschaftshaus (DGH). Entgegen kursierender Gerüchte stellt er klar, dass das DGH weiterhin genutzt und für Feiern gebucht werden darf. Die Klage hatte das Ziel, Feiern im DGH zu unterbinden, was in dieser Form nicht erfolgreich war. Es sei nicht korrekt, dass die Stadt die Klage verloren habe. Das Gericht hat vielmehr bestätigt, dass die Stadt sich an die bestehenden Lärmschutzvorgaben halten muss – eine Auflage, die bereits zuvor galt. Demnach darf ab 22 Uhr eine bestimmte Dezibel-Grenze nicht überschritten werden.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die letzte Veranstaltung trotz lebhafter Stimmung gut verlaufen sei. Es habe keine relevanten Beschwerden gegeben. Er betont jedoch, dass außen keine lauten Aktivitäten erwünscht sind – insbesondere Musik oder Feiern auf dem Parkplatz. Drinnen könne weiterhin gefeiert werden, sofern die Lärmgrenzen eingehalten werden. Um auf die Situation aufmerksam zu machen, werden in Zukunft Hinweisschilder angebracht, die darum bitten, im Außenbereich Rücksicht zu nehmen und lautes Rufen oder Singen zu vermeiden.

Der Bürgermeister appelliert erneut an alle Anwesenden, Feiern weiterhin möglich zu machen, allerdings bitte nicht auf dem Parkplatz oder im Außenbereich – insbesondere nicht nach 22 Uhr.

Frau Doni erkundigt sich, ob künftig bei Veranstaltungen weitere Lärmmessungen durchgeführt würden.

Frau Pfeiffer erklärt, dass die bisherigen Messungen Teil eines Gutachtens waren, das im Rahmen des Verfahrens erstellt wurde. Dieses Gutachten habe festgestellt, dass die Lärmgrenzwerte überschritten wurden. Nach Abschluss des Verfahrens seien keine weiteren gerichtlichen Messungen geplant.

Der Bürgermeister betont abschließend, dass das Gericht kein Verbot ausgesprochen, sondern lediglich die Einhaltung des bestehenden Lärmschutzes konkret eingefordert habe.

Der Bürgermeister informiert über den aktuellen Stand zum Glasfaserausbau. Die Stadt wartet derzeit seit rund drei Wochen auf eine Rückmeldung vom Landkreis, insbesondere zur Beantragung möglicher Fördermittel. Der geplante Ausbau hat ein Gesamtvolumen von rund 2 Mio. Euro. Entsprechende Fördermittel würden sich deutlich lohnen, um die Umsetzung finanziell tragbar zu machen.

Außerdem thematisiert der Bürgermeister die derzeit untragbare Situation rund um die Altkleidercontainer, die insbesondere in der Kernstadt sowie in allen Ortsteilen für Probleme sorgt. Er verweist darauf, dass bereits Gespräche mit dem DRK geführt werden und die Situation bekannt ist. Er appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger, die Altkleidercontainer ausschließlich für intakte Kleidung zu nutzen. Kaputte oder stark verschmutzte Kleidung gehöre nicht in die Container, sondern müsse über die Mülldeponie, die in der Kernstadt zur Verfügung steht, entsorgt werden. Zudem ergänzt eine Bürgerin, dass viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, die auf den Containern angegebene Telefonnummer anzurufen, um eine Leerung zu veranlassen, wenn diese voll sind. Der Bürgermeister weist zudem darauf hin, dass das DRK nicht alle abgegebenen Kleidungsstücke verwenden kann. Umso wichtiger sei es, sorgsam mit der Möglichkeit umzugehen, die Altkleidercontainer weiterhin zu nutzen.

Der Bürgermeister berichtet über die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen des vergangenen Jahres. In der „Parkstraße“, wo Tempo 30 gilt, wurde die höchste Geschwindigkeit mit 59 km/h, die niedrigste mit 2 km/h gemessen. Der sogenannte V85-Wert, bei dem 85 % der Fahrzeuge langsamer fahren als der ermittelte Wert, liegt hier bei einer geringen Überschreitung von etwa 3–4 %. Da laut Vorgabe erst ab einer Überschreitung von 15 % Maßnahmen wie das Einrichten von Blitzern erforderlich sind, wird an dieser Stelle derzeit nicht geblitzt. Anders stellt sich die Situation in der „Udenhäuser Straße“ dar. Die Daten zeigen eine deutlich erhöhte Verkehrsbelastung und eine dauerhafte Missachtung der Geschwindigkeitsbegrenzung. In der „Talstraße“ wurden im gesamten Jahr etwa 1,3 Millionen Fahrzeuge registriert. Der V50-Wert – also die Geschwindigkeit, die von 50 % der Fahrzeuge überschritten wird – liegt bei 59 km/h. Somit hätte rein rechnerisch jeder zweite Fahrer geblitzt werden müssen. Aufgrund der festgestellten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurde entschieden, geeignete Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung einzuleiten, um die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Frau Hampe macht zusätzlich auf eine gefährliche Verkehrssituation im Bereich Bergstraße / An der Mühle aufmerksam. Dort stehe regelmäßig ein Fahrzeug so ungünstig, dass zwei Autos kaum aneinander vorbeikommen, was ein erhöhtes Gefahrenpotenzial mit sich bringe. Sie regt an, über eine mögliche Einbahnstraßenregelung nachzudenken. Der Bürgermeister nimmt den Hinweis auf und erklärt, dass eine Einbahnstraße die Verkehrssituation möglicherweise nicht ausreichend entlasten würde. Als Alternative wird die Einführung eines absoluten Halteverbots im betroffenen Bereich genannt. Die Angelegenheit wird zur Prüfung an das Ordnungsamt weitergeleitet.

Der Bürgermeister nutzt die Gelegenheit, um im Verlauf der Sitzung noch einige persönliche Anmerkungen weiterzugeben.

Er bedankt sich ausdrücklich beim Schiedsamt. Die Position war über längere Zeit unbesetzt – umso erfreulicher ist es, dass sich nun engagierte Personen gefunden haben, die bereit sind, diese wichtige ehrenamtliche Aufgabe zu übernehmen. Ein besonderer Dank gilt den neuen Schiedspersonen, Jan Tölle und Winfried Groh, für ihre Bereitschaft und ihr Engagement.

Darüber hinaus hebt der Bürgermeister die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat hervor. Das Gremium arbeite als starkes Team mit offener und verlässlicher Kommunikation, was eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung vieler Projekte sei.

Frau Bonnet weist darauf hin, dass auf dem Spielplatz Eiskeller eine Wippe locker ist und ein potenzielles Sicherheitsrisiko darstellt. Zudem fehlt es dort im Sommer an Schatten, was die Nutzung für Kinder erheblich erschwert. Herr Hampe bestätigt, dass dieses Problem nicht nur den Spielplatz Eiskeller betrifft, sondern auf vielen Spielplätzen besteht. Die Pflanzung von Bäumen zur Schattenspende ist bereits in Planung. Auch die allgemeine Pflege der Spielplätze und insbesondere der Sandkästen wird thematisiert. Es besteht der Wunsch nach einer regelmäßigeren Reinigung und Instandhaltung. Der Bürgermeister informiert, dass auf mehreren Spielplätzen, unter anderem in den Bereichen „Eiskeller“ und „vor der Lichte Heide“, in nächster Zeit Maßnahmen vorgesehen sind.

Frau Heimberg meldet Mängel an der Rutsche auf dem Spielplatz „Bleiche“, die bereits im Rahmen einer TÜV-Prüfung festgestellt wurden. Die Stadt ist hier aktiv, ein Team ist bereits im Einsatz. Es wird betont, dass die Vielzahl der Spielplätze und begrenzte personelle Kapazitäten eine gleichzeitige Umsetzung aller Maßnahmen erschweren. Herr Hampe versichert jedoch, dass kontinuierlich an der Instandhaltung gearbeitet wird, auch wenn dies teilweise mehr Zeit in Anspruch nimmt.

Ein weiteres Anliegen betrifft den Spielplatz „vor der Lichten Heide“: Eine große Tanne ragt deutlich über den Spielplatz hinaus. Aus Sicht der Anwohnenden ist ein Rückschnitt dringend erforderlich. Auch dieses Thema nimmt die Verwaltung auf.

Ein weiteres Thema ist die Parkplatzsituation im Umfeld der Schule während der Erntezeit. Es wird berichtet, dass Fahrzeuge oft unkoordiniert abgestellt werden und dadurch insbesondere landwirtschaftliche Maschinen nicht mehr ungehindert passieren können. Die Verwaltung nimmt dieses Anliegen auf und sagt zu, die Situation zu prüfen und mögliche Maßnahmen zur Entlastung zu erarbeiten.

Zum Thema Winterdienst informiert Herr Hampe, dass der Bauhof den Räumdienst in der kommenden Saison wieder eigenständig übernimmt. Da die Räumfahrzeuge sehr groß sind, bittet der Bauhof die Anwohnenden ausdrücklich darum, ihre Fahrzeuge nach Möglichkeit von der Straße bzw. an den Fahrbahnrand zu stellen, um eine ungehinderte Durchfahrt zu ermöglichen. Herr Hampe regt an, diese Information öffentlich bekannt zu machen, damit alle Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig informiert sind und entsprechend handeln können.

Herr Steinkamp erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Sanierung der Straße von Udenhausen nach Carlsdorf. Der Bürgermeister teilt mit, dass das Vorhaben derzeit zurückgestellt ist. Offiziell ist zum Zeitpunkt der Versammlung noch kein konkreter Zeitplan bekannt.

Frau Zimmermann spricht den Zustand der Bäume an der Lempe an und fragt, wann ein Rückschnitt erfolgen wird. Die Verwaltung erklärt, dass die Maßnahme im Rahmen des regulären Schnittzeitraums vorgesehen ist. Sobald dieser beginnt, sollen die Bäume in beide Richtungen zurückgeschnitten werden.

Gegen 22:30 Uhr beendet Frau Grebing die Sitzung und bedankt sich bei allen Teilnehmenden für ihr Engagement und die eingebrachten Anliegen.

(Diana Krutewitsch)
Schriftführerin

(Torben Busse)
Bürgermeister